

## Lob vom Innenminister für den LVR

Rheinland. - Innenminister Fritz Behrens hat den LVR-Haushalt 2000 gebilligt und gelobt: Die Umlagesenkung auf 16,7 Prozent führe zu einer „erfreulichen Entlastung Ihrer Mitgliedskörperschaften.“ Landesdirektor Ferdinand Esser versicherte bei der Bekanntgabe des Ministererlasses: „Der LVR wird auch in Zukunft im Interesse seiner Mitgliedskörperschaften an diesem Kurs festhalten.“



Paul Heidrich (CDU):  
Künftig sechs Schwerpunkte



Harry Voigtsberger (SPD):  
Hoffnung auf gemeinsame Lösung



Andrea U. Asch (Bündnis 90/  
Die Grünen): Rückschritt droht



Bernd Paßmann (F.D.P.):  
Risiken für die Finanzplanung

## Landschaftsversammlung verabschiedete ausgeglichenen Haushalt

# LVR senkt die Umlage der Städte und Kreise

Köln. - Einstimmig beschloss die Landschaftsversammlung Rheinland, den „Mitgliedsbeitrag“ der 14 kreisfreien Städte und 13 Kreise der Region um 0,5 auf 16,7 Prozentpunkte zu senken. Damit werden die Haushalte der Mitgliedskörperschaften um insgesamt 100 Mio DM entlastet. Gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen verabschiedete der „Rheinische Rat“ die Haushaltssatzung des LVR.

Der Haushaltsplan 2000 umfasst rund 5,7 Milliarden DM im Verwaltungs- und 1,2 Milliarden im Vermögenshaushalt. Überörtliche Sozialhilfe und Kriegspferfürsorge schlagen allein mit 4,3 Milliarden zu Buche. Nach den Ausgaben für

Straßen und Verkehr in Höhe von 370 Millionen folgt der Gesundheitsbereich - dort ressortieren psychiatrische Versorgung und Heilpädagogische Heime mit 143 Millionen, Unterhaltung und Ausbau der 43 LVR-Schulen mit 102 und die Jugendhilfe mit 92 Millionen DM. Für die regionale Kultur sind rund 106 Mio ausgewiesen. Sprecher der vier Fraktionen betonten die Verantwortung des LVR für die Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft.

### CDU: Repräsentanz in der Region

Für die CDU nahm Fraktionsvorsitzender Paul Heidrich (Mülheim/

Ruhr) Stellung mit sechs Schwerpunkten künftiger Arbeit: In der Kulturpolitik werde die weitere Beteiligung des LVR an Stiftungen die „Verbundenheit mit der Region demonstrieren“. Die Form der Stiftung sei das „zukunftsweisende Instrument“ zur Förderung kultureller Projekte; gleichzeitig müssten behinderten Menschen die Teilnahme an Kultur geboten werden. Große Bedeutung habe in der Gesundheitspolitik die Erhaltung von Substanz in den Rheinischen Kliniken. Das Programm solle aus Grundstückverkäufen finanziert werden: „Vermögen zur Erhaltung von Vermögen“. Die Dezentralisierung solle weitergehen, wenn dies

medizinisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar sei. Den Ausbau Sozialpsychiatrischer Zentren und des Betreuten Wohnens nannte Heidrich als vordringliche Ziele der Sozialpolitik. Um weitere Wohnheimplätze zu schaffen, müssten alle Fördermöglichkeiten von Bund und Land genutzt werden. In der Schulpolitik setzte sich die CDU für ständige Verbesserungen ein; dazu gehöre auch die Integration, sofern sie nicht auf dem Rücken der Kinder geschehe. Zur Umweltpolitik erklärte Heidrich, gegenüber den ökologischen und sozialen Aspekten versträrkt. Schließlich forderte er zur

Medienpolitik: „Wir müssen das Netzwerk 'Landschaftsverband' besser verdeutlichen.“

### SPD: Umsichtige Finanzpolitik

Dank umsichtiger Finanzpolitik in der vorherigen Amtsperiode sei der Haushalt ausgeglichen, und trotz der Umlagesenkung gebe es finanziellen Gestaltungsraum: So Harry Voigtsberger (Aachen), Vorsitzender der SPD-Fraktion. Die günstige Umwandlung von RWE-Namensaktien in Stammaktien habe Erträge erbracht, ohne die im Jahr 2000 die Umlage hätte erhöht werden müssen. Die Sozial- und Kul-

Fortsetzung auf S. 3



## Ein echter Retter in der Not

Köln. - Einen Urlaubsstart mit Hindernissen erlebten neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinnützigen Werkstätten Köln: Angeblich sollte ihr Flugticket nicht bezahlt sein. Ein Kölner Taxifahrer rettete den Start in die Türkei.

Der Kölner Taxiunternehmer Heinz-Otto Deckers fährt seit drei Jahrzehnten Behinderte, auch für den LVR. Er hat „ein Herz für die Schwächeren“, hat sich schon

oft engagiert und ist für viele seiner Fahrgäste „so etwas wie Vater-Ersatz“ auf den täglichen Pendelfahrten zwischen Wohnung und Einrichtungen. Viele seiner täglichen Gäste hat er von Klein an heranwachsen sehen.

Deckers hatte die neun Behinderten und ihre beiden Begleiter zum Düsseldorfer Flughafen gefahren. Am Schalter erfuhr er vom Missgeschick: Die Tickets wurden nicht frei gegeben! Deckers hängte sich

ans Telefon und telefonierte so lange, bis der Reiseveranstalter die Tickets frei gab, weil Deckers einen Scheck über 11 542 DM hinterlegte! Der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland, Ferdinand Esser, dankte Heinz-Otto Deckers ganz offiziell für seinen vorbildlichen Einsatz. Deckers will nicht nachlassen in seinem Engagement. Für ihn ist der schönste Lohn, wenn seine behinderte Freunde ihn mit „da kommt der liebe Otto“ begrüßen.

## Landschaftsversammlung: „Nein“ zur Verstaatlichung des Straßenbaus

Alle Fraktionssprecher wandten sich gegen den Beschluss des Landtags NW, den Straßenbau zu verstaatlichen. „Modernes Raubrittertum“ und „kalte Enteignung“ hieß es zur vorgesehenen Aneignung kommunalen Vermögens durch das Land. Einhellig unterstützt wurde die Klage des LVR

beim Landesverfassungsgericht. Ausdrücklich dankten die Fraktionen der Verwaltung, an ihrer Spitze Landesdirektor Ferdinand Esser, für den unermüdlichen und kompetenten Einsatz, der verhindern konnte, „dass die Landschaftsverbände ein Fall für die Geschichtsbücher wurden.“ M.H.

## Werkstätten für Behinderte Keine 1. oder 2. Klasse

Einstimmig appellierte die Landschaftsversammlung Rheinland an die Bundesregierung, den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter in mehreren Punkten zu ändern. Im Zentrum der Kritik steht die vorgesehene Senkung der Pflichtquote von bisher sechs Prozent der Arbeitsplätze auf fünf Prozent. Eine Verschlechterung sieht der LVR außerdem in der geplanten Form der Förderung von

Integrationsfirmen: Damit würden „Werkstätten für Behinderte 1. und 2. Klasse“ entstehen. Dem Ziel des Gesetzes entgegengerichtet sei auch die alleinige Beauftragung der Bundesanstalt für Arbeit mit der Vermittlung und Sicherung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte. Die Integrationsfachdienste der Hauptfürsorgestellen - hervorragend bewährte Instrumente - seien flächendeckend zu beteiligen. M.H.

## Neue Chancen für die regionale Kultur

Zuerst waren der Auf- und Ausbau der Großprojekte Freilichtmuseum Kommern und des Archäologischen Parks Xanten angesagt, dann des Rheinischen Industriemuseums mit seinen Außenstellen, des Bergischen Freilichtmuseums und der Um- und Ausbau des Rheinischen Landesmuseums - Projekte links wie rechts des Rheins. Jetzt gilt die Kulturpolitik der neuen Mehrheit in der Landschaftsversammlung in enger Kooperation mit den Städte und Kreisen der gesamten Region Rheinland, der kulturgeschichtlich bedeutsamsten Region Deutschlands. Die CDU-Fraktion wird neue Akzente setzen.

Die Römer haben das Rheinland geprägt, die Franzosen und die Preußen nicht minder - keine andere Region in Europa war schon „europäisch“, als noch niemand an das moderne Europa dachte, geschweige denn an einen Begriff wie „Globalisierung“. Das Rheinland hat europäische Geschichte geschrieben. Darauf müssen wir uns besinnen, daran müssen wir andere erinnern. Erfolgreiche Ausstellungen wie in Prag haben gezeigt, dass die kulturelle Bedeutung des Rheinlandes über dessen Grenzen hinaus bekannt und im Bewusstsein der Partner ist.

Die Präsentation des Rheinlandes

im Ausland bedeutet Standortmarketing, bedeutet Tourismusförderung und beinhaltet eine nicht zu unterschätzende soziale Komponente.

Gegenüber den Städten und Kreisen ist mehr Partnerschaft angezeigt. Es ist an der Zeit, aus dem großen Fundus des Landschaftsverbandes zu schöpfen und öffentlich zu zeigen, über welche Schätze zum Beispiel die LVR-Archäologen verfügen - vor Ort, dort, wo die Schätze her stammen.

Vor allem aber gilt es, die Kommunen dort zu unterstützen, wo nicht selten die Restfinanzierung fehlt, um schlummernde Schätze zu he-

ben, bedeutende Kulturgüter den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist getan mit der Beteiligung an den Stiftungen Schloss Dyck (1,5 Mio. DM), Schloss und Park Benrath (1,5 Mio. DM), Museum Kurhaus Kleve (1,5 Mio. DM), Zollverein Essen (1 Mio. DM) und Museum Textilscheune Nettetal-Hinsbeck (0,5 Mio. DM). Der LVR wird auch künftig die ihm zur Verfügung stehenden GFG-Mittel entsprechend einsetzen - vorausgesetzt, das Land stellt sie nach wie vor zur Verfügung. Die neue Landesregierung wird zeigen müssen, ob sie ihrem selbst propa-

Für die **CDU**

Frank Boss

gierten Ruf treu bleibt, kommunalfreundlich zu sein.

In der CDU-Fraktion der Landschaftsversammlung Rheinland jedenfalls haben die Kommunen auch in Zukunft einen verlässlichen Partner.

## Vernunft hat sich ausgezahlt

Am 7. Juni 2000 haben wir dem Haushalt 2000 zugestimmt. Das fiel der SPD-Fraktion leicht, handelt es sich doch noch weitgehend um die Ergebnisse unserer politischen Arbeit der letzten Jahre.

Nur durch unsere solide Haushaltspolitik, das verantwortungsvolle Handeln mit den Beteiligten, wurde die Senkung der Umlage möglich.

Wenn es die CDU auch heute nicht mehr wissen will, seit 1993 hat sie immer wieder mit Anträgen versucht, die RWE-Aktien komplett zu verkaufen. Wir haben dieses jeweils abgelehnt. Dadurch haben wir den LVR vor einem

Schaden von 310 Mio DM bewahrt.

Aus der Umwandlung der RWE-Namensaktien erzielte der LVR eine Einnahme von 220 Mio DM. Diese Beträge konnten in 1999 und 2000 zur Schließung der Ausgabenlücken eingesetzt werden.

Auch bei der Frage, wie gehen wir mit unserem Anteil an der Provinzial-Versicherung um, haben wir uns dem vorschnellen Veräußerungswillen der CDU widersetzt.

Nach hartem Ringen mit dem Rheinischen Sparkassen-Giroverband und unseren Freunden in Rheinland-Pfalz wurde die Einigung über den Geldwert der Ge-

währträgerschaft erreicht. Bei dem monatelangen Ringen um eine einvernehmliche Lösung, die den Provinzial-Versicherungsanstalten eine Zukunftschance eröffnete und dem LVR einen Anteil von rund 400 Mio DM brachte, hat sich besonders unser Fraktionsvorsitzender Harry Voigtsberger große Verdienste erworben.

Durch die von der SPD eingebrachte Stiftungslösung haben wir erreicht, dass die Erlöse nicht verfrüht wurden, sondern für zukünftige wesentliche Aufgaben eingesetzt werden können.

Bei diesen Vorleistungen unserer Haushaltspolitik mit Augenmaß in

den letzten Jahren und der guten Unterstützung der Verwaltung, hier besonders des Kämmers, war es für uns folgerichtig, auch als Opposition dem Haushalt 2000 zuzustimmen.

Hinzu kommt, dass wir abgesehen von wenigen Einzelmaßnahmen unsere Anliegen mit einbringen konnten. Beim 2000er Haushalt konnte die CDU ohne eigenes Zutun von dieser Morgengabe profitieren.

Die breite Zustimmung zu dem Haushalt und der Beschluß, die Umlage zu senken, sind für das zukünftige Miteinander zwischen den Mitgliedskommunen und dem LVR wichtige vertrauensbildende

Für die **SPD**

Klaus Brausch

Beschlüsse. Die SPD-Fraktion wird auch in der Opposition in der 11. Landschaftsversammlung weiter konstruktiv kritisch und verantwortungsbewusst mitarbeiten.

## Grüne für gerontopsychiatrische Pflege - CDU blockiert

Eine Anhörung des Sozialausschusses im März hat gezeigt: in den Altenpflegeheimen sehen wir immer häufiger verwirrte alte Menschen und bemühte, aber z.T. zunehmend überforderte Mitarbeiter. Folge: Vernachlässigung, Menschenrechtsverletzungen und Gewalt in der Pflege.

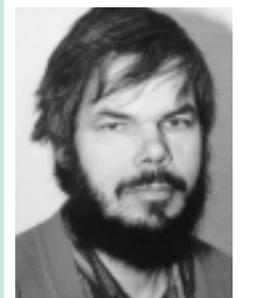
Wir fordern den Bundesgesetzgeber auf, den Pflegebegriff zu erweitern, damit auch gerontopsychiatrisch veränderten alten Menschen angemessener durch die Pflegeversicherung geholfen werden kann. Und die neue Bundesregierung hat auch schon gehandelt und die Leistungen für Ta-

ges- und Nachtpflege angehoben. Aber auch der LVR muss und kann handeln: Einen Ansatzpunkt bietet das Landesärztesystem. Durch die Beratungs- und Fortbildungsangebote der Landesärzte konnte die Qualität der Pflege von gerontopsychiatrisch veränderter Menschen in inzwischen ca. 150 Pflegeheimen deutlich verbessert werden. Ihre Arbeit hat dazu beigetragen, dass verwirrte alte Menschen eine bessere und angemessene Pflegestufe erhalten. Für die Heime bedeutet dies, sie erhalten mehr Personal und können die Pflege optimieren. Wir haben deshalb beantragt, dass dieses System

flächendeckend eingeführt wird. Die Sozialhilfeträger müssen neben diesen sozialpolitischen Gründen auch aus finanzpolitischer Verpflichtung heraus handeln. Die Pflegeversicherung war nie als Vollkaskoversicherung geplant, immer muss von privater oder öffentlicher Seite zugezahlt werden. Und immer sichert das individuelle Bedarfsdeckungsprinzip den Rechtsanspruch auf Hilfe zur Pflege nach § 68 BSHG. Bei Verabschiedung der Pflegeversicherung wurde im Vermittlungsausschuss vereinbart, dass rund die Hälfte der Einsparungen wieder in den Bereich der Pflege investiert werden sol-

len. Die örtlichen und der überörtlichen Sozialhilfeträger sparen rd. 1.350 Mio. DM im Rheinland, die neuen Aufgaben berücksichtigt sparen die Sozialhilfeträger schließlich saldiert über 850 Mio. DM jährlich. Bündnis 90/Die Grünen haben Anträge zur Verbesserung der Situation in Pflegeheimen gestellt. Die CDU lehnte ab und verweigerte Weiterentwicklungen, sie wollte so den Druck auf den Bundesgesetzgeber erhöhen.

Im Herbst kommt es zu Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Da wird sich zeigen, ob die CDU wie in der Anhörung des Sozialhilfeausschusses

Für **BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Martin Kresse

den Handlungsbedarf anerkennt und den Ausbau des Landesarztprogramms unterstützt oder wie bei den Haushaltsberatungen dies blockiert.

## Ja zur Senkung der Umlage!

Wenn ein Haushalt ausgeglichen ist, wenn zudem die Landschaftsumlage, mit der die rheinischen Städte und Kreise die Aufgabenerfüllung des LVR etwa zur Hälfte finanzieren, erneut um 0,5 %-Punkte gesenkt werden kann, hat man allen Grund, einem Etat zuzustimmen.

Diese Auffassung teilten CDU-, SPD- und F.D.P.-Fraktion, als sie im Juni den LVR-Etat 2000 verabschiedeten. Die Senkung der Landschaftsumlage auf 16,7% (Vorjahr: 17,2%) wurde sogar einstimmig beschlossen.

Damit haben alle Fraktionen der

Landschaftsversammlung einen Beitrag zur Entlastung der Haushalte der Mitgliedskörperschaften geleistet. Die neuerliche Senkung der Landschaftsumlage bedeutet für die 27 kreisfreien Städte und Kreise im Rheinland eine Einsparung von immerhin fast 100 Mio. DM und entlastet auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, wenn die Kreise ihrerseits die Kreisumlage entsprechend absenken. Diese Entlastung war nur durch die Fortsetzung des konsequenten Sparkurses beim LVR möglich: Der Verwaltungshaushalt bleibt nämlich bei einem

Gesamtvolumen von 5,7 Milliarden DM auf dem Stand des Vorjahres. Aus der Sicht der F.D.P.-Fraktion birgt der LVR-Haushalt allerdings auch Risiken, die strukturbedingt sind: 60% aller Ausgaben des Verwaltungshaushalts entfallen auf die Sozialhilfe. Wenn die Fallzahlsteigerungen in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wieder frühere Zuwachsraten erreichen, droht dem Haushalt ein Fehlbetrag. Das Risiko bleibt aber angesichts der mit dem 2. Verwaltungs-Modernisierungsgesetz beschlossenen Verlagerung der Hilfe zur Pflege auf die örtlichen Träger

ab dem Jahr 2001 kalkulierbar, wenngleich die daraus resultierende und von den Mitgliedskörperschaften erwartete Umlagesenkung dann geringer ausfallen wird.

Erfreulich war, dass sich alle Fraktionen in ihren Haushaltsreden noch einmal gegen die Verlagerung des Straßenbaus in staatliche Trägerschaft und für die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof aussprachen. Die dem Ziel des 2. Verwaltungs-Modernisierungsgesetzes zuwider laufende Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung und die kalte

Für die **F.D.P.**

Bernd Paßmann

Enteignung kommunalen Vermögens durch den beabsichtigten entschädigungslosen Übergang des Straßenbauvermögens auf das Land verlangen geradezu nach einer gerichtlichen Nachprüfung.



Theorie und Praxis nebeneinander: Im APX haben sich wieder die Studenten zur Sommerakademie getroffen. Foto: G. Schwozer

## 12. Sommerakademie Xanten:

# Auf der Spur der Römer

Xanten. - 30 Archäologie-Studenten aus sieben Ländern sammeln erste praktische Erfahrungen bei einer Grabung auf dem Gelände der römischen Stadt Colonia Ulpia Traiana während der 12. Internationalen Sommerakademie im Archäologischen Park Xanten (APX). Die LVR- „Sozial- und Kulturstiftung“ finanziert dieses inzwischen weltweit bekannte Programm, an dem bisher bereits 300 angehende Archäologen teilgenommen haben.

Zentraler Programmpunkt ist eine Lehrgrabung unter Leitung einer erfahrenen Archäologin. Die Arbeit an der Grabungsstelle wird ergänzt durch ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Seminaren und Vorträgen über Methoden, Frage- und Problemstellungen der Forschung und der musealen Vermittlung. Exkursionen nach Bad

Neuenahr auf das Gelände eines römischen Gutshofes und nach Köln auf die Grabungsstellen der römischen Colonia Ara Agrippinensis runden das Programm ab.

Die Akademieteilnehmer kommen aus der Schweiz, Dänemark, Irland, Schweiz, Polen, Ungarn, Tschechien und der Bundesrepublik. Gemeinsames Arbeiten und die gemeinsame Unterkunft in der römischen Herberge bilden einen idealen Rahmen für Kontakte, wissenschaftlichen und persönlichen Austausch.

Seit dem Start im Sommer 1989 haben mehr als 300 Studierende dafür gesorgt, dass die Colonia Ulpia Traiana inzwischen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern weltweit zum Begriff geworden ist. Oft bleiben enge wissenschaftliche Verbindungen zum APX bestehen: Magi-

ster- und andere Forschungsarbeiten aus dem Bereich der provinzial-römischen Archäologie sind schon aus der Sommerakademie erwachsen. Die Kontinuität der wissenschaftlichen Arbeit wird durch die Leiterin, Dr. Anne Ley, gewährleistet, in deren Händen Grabungsleitung und Koordination des Programms zum wiederholten Mal liegen.

Die Finanzierung des Sommerakademie bedurfte in der Vergangenheit immer großer Anstrengungen und manchmal schien es sogar, als stünde sie vor dem Aus. Die „Sozial- und Kulturstiftung“ des LVR hat die Personalkosten für die wissenschaftliche Begleitung übernommen und will sicherstellen, dass das erfolgreiche Projekt auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden kann.

Gudrun Schwozer

## LVR senkt die Umlage

Fortsetzung von S. 1

turstiftung des LVR, eine Initiative der SPD, konnte inzwischen wirksam werden, nachdem „in einem harten Ringen“ mit dem Sparkassen- und Giroverband ein Geldwert für die Gewährträgerschaft der Provinzial-Versicherung durchgesetzt worden sei.

Zum Ausbau der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger im Rheinland zählte Voigtsberger - die Einrichtung von fünf weiteren Sozialpsychiatrischen Zentren (rund 120.000 DM)

- die Finanzierung von 300 zusätzlichen Plätzen im Betreuten Wohnen (350.000 DM).

- die Erhöhung des Stellenpools für jugendliche Schwerbehinderte von 20 auf 30 Stellen.

Die SPD bedauere, dass ein 50-Millionen-Programm für die Modernisierung der Rheinischen Kliniken in den Jahren 2000-2004 abgelehnt worden sei. Der Betrag von 20 Mio., den die CDU stattdes-

sen allein für dieses Jahr eingesetzt habe, könne gar nicht mehr abfließen. Voigtsberger gab seiner Hoffnung Ausdruck, noch eine gemeinsame Lösung zu finden, um die Enthospitalisierung bei freien Trägern zu fördern.

### Grüne: Stillstand von Reformen

Drängende, vor allem soziale Probleme, die in der vergangenen Wahlperiode die rot-grüne Mehrheit in Angriff genommen habe, seien heute von „Stillstand oder, noch schlimmer, Rückschritt“ bedroht, erklärte Andrea U. Asch (Köln) für Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Der Unterschied bestehe darin, „dass wir die finanziellen Spielräume, die wir geschaffen haben, nutzbar gemacht haben für die Benachteiligten dieser Gesellschaft, Menschen mit Behinderungen, psychisch Kranke, Kinder und Jugendliche.“ Asch mahnte, aus dem 2. Modernisierungsgesetz des

Landes zu lernen: Der LVR müsse Leistungen und Kundenfreundlichkeit permanent verbessern.

### F.D.P.: Haushalt mit Risiken

Mehrere Risiken für die kommende Finanzplanung sprach Bernd Paßmann (Solingen) für die F.D.P. an, darunter „den großen Kostenblock“ Sozialhilfe, dessen Entwicklung schwer einzuschätzen sei, und Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst.

Paßmann wies auf die Notwendigkeit hin, Konzeptionen zu erstellen für die Verwertung leerstehender Gebäude in den Rheinischen Kliniken. Substanzverluste seien nicht hinzunehmen, alle Vermögenswerte des LVR müssten konsequent erfasst werden. Damit bei allen Bauvorhaben ein sparsamer Umgang mit Finanzmitteln garantiert sei, forderte Paßmann den verstärkten Einsatz externer Controller.

Maria Heer

## Nachahmung ist gewünscht! Aufgestocktes Sonderprogramm

Köln. - Zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres stockt der LVR sein Förderprogramm zur beruflichen Integration Schwerbehinderter von jährlich 20 auf 30 Plätze auf. Damit erhält eine kleine Gruppe junger schwerbehinderter Schulabgänger eine Ausbildungs- und Arbeitsplatz-Perspektive auf dem freien Arbeitsmarkt - jenseits der ansonsten üblichen Werkstätten für Behinderte.

Die Teilnehmer des Sonderprogramms erhalten einen auf ein Jahr befristeten Arbeitsvertrag mit dem Ziel, sie auf das Berufsleben vorzubereiten. Bei Eignung und Bewährung können sie in ein reguläres, unbefristetes Arbeits- oder Ausbildungs-Verhältnis übernommen werden.

Der LVR will mit dem seit 1998 laufenden Sonderprogramm als großer öffentlicher Arbeitgeber im Rheinland „einen Beitrag leisten, um die Beschäftigungsperspektiven junger Schwerbehinderter zu verbessern“, berichtete der Gesamt-

vertrauensmann des LVR, Gerhard Kozyk. Bisher haben rund 40 junge Männer und Frauen von diesem Angebot profitiert, zwölf von ihnen konnten in eine Dauerstellung übernommen werden.

Claudia Timm, die Vertrauensfrau der Schwerbehinderten-Vertretung in der LVR-Zentralverwaltung, die das Sonderprogramm organisatorisch betreut, wertet die bisherigen Erfahrungen positiv: „Schwerbehinderte sind leistungsfähiger als viele denken. Ihre Zuverlässigkeit und ihr Engagement ist oft überdurchschnittlich und macht manche Leistungsbeeinträchtigung wett.“

Timm wies darauf hin, dass die Hauptfürsorgestelle des LVR interessierten Arbeitgebern mit Know How und finanziellen Mitteln bei der behindertengerechten Umgestaltung von Arbeitsplätzen hilft. Sie betonte deshalb: Die Nachahmung des LVR-Sonderprogramms durch andere Arbeitgeber sei ausdrücklich erwünscht. **mk**



Durch das Tor dieses Hauses führt der Weg zur kleinen Synagoge von 1841. Foto: Grübel

## Tag des Offenen Denkmals: Alte Synagoge geöffnet

Rheinland. - Am 10. September findet in der Bundesrepublik zum achten Male der „Tag des offenen Denkmals“ statt. Die europaweite Veranstaltung ist inzwischen zum Klassiker geworden: einmal im Jahr werden Denkmäler, die sonst nicht allgemein zugänglich sind, geöffnet und durch Führungen und bunte Rahmenprogramme „erlebbar“ gemacht.

Im ganzen Rheinland öffnen Kommunen, Kirchen und Privatleute ihre denkmalgeschützten Objekte. Allein der Stadtkonservator Köln bietet 84 Führungen und

Rundgänge durch besondere Denkmalanlagen an.

Der LVR lädt an diesem Tag in die alte Synagoge in Titz-Rödingen ein. Der Gebäudekomplex stammt aus dem 19. Jahrhundert und besteht aus einem Wohnhaus mit Nebengebäude und der eigentlichen Synagoge. Der Landschaftsverband kaufte das Ensemble 1999, um es vor dem drohenden Verfall zu retten. Die Bauten sollen als Informationszentrum zur jüdischen Orts- und Regionalgeschichte hergerichtet werden und als Begegnungsstätte dienen. **Gudrun Schwozer**

## Ausstellungen des LVR im Rheinland

### Landeshaus des LVR, Köln-Deutz

Fotografieausstellung  
„100 Jahre Tokio“  
15.9. bis 15.10.

### Rheinisches Industriemuseum

Bergisch Gladbach  
Sonderausstellung  
„Papier macht's möglich“  
ab 6.9.

### Euskirchen Neueröffnung!

Dauerausstellung Tuchfabrik Müller  
ab 16.9.

### Engelskirchen

Sonderausstellung „Frau in Weiß“  
bis 24.9.

### Oberhausen

„Ruhrevisionen“  
bis 15.10.

### Solingen

„Geschichte des Taschenmessers“  
ab 25.9.

### Rheinisches Freilichtmuseum

Kommern  
„Von Tüten und Blasen“ -  
Geschichte und Aspekte der Papier-  
und Folienverarbeitung  
bis 31.12.

### Schloss Augustusburg, Brühl

„Der Riss im Himmel -  
Clemens August und seine Epoche“  
bis 1.10.

## Wettbewerb ein großer Erfolg 800 Comics gegen Gewalt im Alltag

Rheinland. - An die Stifte, fertig, los! Ende letzten Jahres hatten der LVR und die Schulabteilungen der Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf Schülerinnen und Schüler im Rheinland zu dem Wettbewerb „Comics gegen Gewalt“ aufgerufen.

Mit rund 800 eingesandten Arbeiten war die Resonanz überwältigend und so fiel es der Jury schwer, aus allen Einsendungen die zehn besten zu ermitteln. Der Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland, Winfried Schittges MdL, und der Leiter des LVR-Jugenddezernates, Markus Schnapka, überreichten den Siegerinnen und Siegern ihre Preise und Urkunden bei einer Feier im Orion-Haus des LVR.

Das Jugendtheater „Comic-ON“ aus Köln stimmte mit seiner Aufführung „Durchgeknallt“ ausdrucksstark und auch schonungslos in das Thema „Gewalt im Alltag“ ein und regte ebenso wie die anschließend prämierten Comics zum Nachdenken an.

Die Werke der Jugendlichen reich-

ten vom 28 Seiten starken Schwarz-Weiß-Comic über Gewalt und Gruppenzwang innerhalb einer Schüler-Clique bis hin zu symbolischen Zeichnungen, wie z.B. Strichmännchen mit einem Knüppel als Kopf und dem treffenden Titel „Gewalt ist kopflos“.

Der 16-jährige Maurice Vink aus Kevelaer gewann den ersten Preis. Sein professionell und ausdrucksstark gezeichneter Comic „Neulich im Regenwald“ illustriert nicht die übliche Gewalt, sondern die gegenüber der Natur. „Das Thema Gewalt wird mit Witz, Ironie und hoher Sensibilität behandelt“, so das Urteil der Jury. Winfried Schittges: „Der Comic fordert auf, sich mit dem Thema auseinander zu setzen und nachzudenken, ob auch dies bereits Gewalt ist“.

Die Comics werden vervielfältigt, gebunden und an die Schulen im Rheinland, Wohlfahrtsverbände und Institute in NRW verschickt. „Nächstes Jahr wiederholen wir den Wettbewerb und hoffen auf noch mehr Teilnehmer“, kündigte Winfried Schittges an. **Melanie Eulenhöfer**



Ein historisches Treffen am historischen Ort: Regierungspräsident Jürgen Roters und LVR-Direktor Ferdinand Esser in Brauweiler.

Foto: Ströter

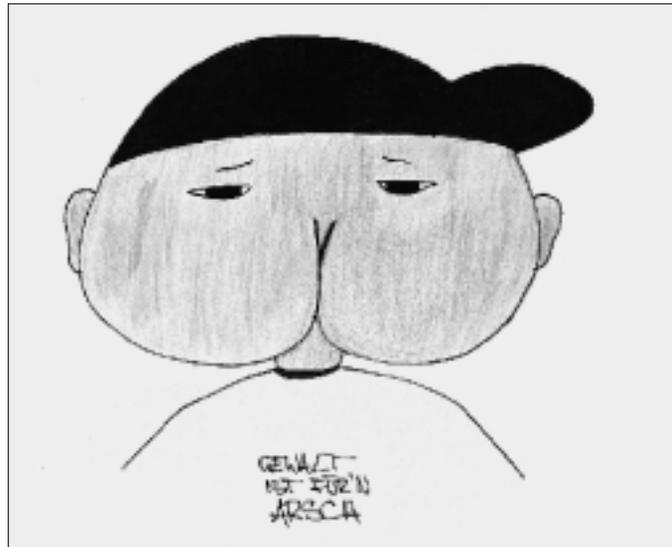
### „Im Interesse der Bürger“

## RP Köln und LVR an einem Tisch

Brauweiler. - Kennenlernen, austauschen, Probleme gemeinsam lösen: Das, so Landesdirektor Ferdinand Esser, sei Ziel gemeinsamer Gespräche zwischen LVR und den Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf. Der neue Dialog begann mit einer Einladung an den Regierungspräsidenten Köln, Jürgen Roters, und dessen Abteilungsleiter in die Abtei Brauweiler. Den LVR vertraten Verwaltungschef Esser und die Dezernenten.

Schnell fand man zur Diskussion von Fachfragen, die staatliche Behörde und Kommunalverband gleichermaßen berühren. Um verbesserte Zusammenarbeit bei der Stau-Vermeidungs-Strategie auf Autobahnen ging es, um die unter-

schiedlichen Aufgaben im Denkmalschutz, die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule und um die Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst. Über die Auswirkungen des 2. Modernisierungsgesetzes des Landes - Verstaatlichung des Straßenbaus - waren sich die Gesprächspartner einig: Um die zahlreichen Finanz- und Personalfragen, die im Gesetz offenblieben, gerecht zu lösen, müssen Land, Bezirksregierungen und LVR sofort an einen Tisch. Gastgeber Esser fasste den Eindruck der Runde zusammen: „Wir müssen weiter Kontakt halten, denn wir arbeiten alle im Interesse der Bürger.“ **M.H.**



Einer von vielen Comics, die keiner Erläuterung bedürfen.

### LVR und „Aktion Mensch“

## Kooperation auf breiter Basis

Bonn. - „Aufgrund unserer Aufgabenstellung ergibt sich eine enge Zusammenarbeit unserer Fachbereiche mit den Verbänden; besonders viele Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten verbinden uns mit der Aktion Mensch“: So Landesdirektor Ferdinand Esser zur Einweihung des neuen Verwal-

tungsgebäudes der Aktion in Bonn. Sowohl LVR als auch die Aktion Mensch verfolgen „alle Wege, die zur Integration Betroffener in die Gesellschaft führen“, sagte Esser. Dabei spielen gemeindenahe Wohn- und Beschäftigungsangebote eine wichtige Rolle. Das Betreute Wohnen im Rheinland

fördert die Aktion Mensch jährlich mit etwa 2,5 Mio DM.

Erst vor rund einem Jahr umbenannt (früher: Aktion Sorgenkind), hat die traditionsreiche Lotterie zugunsten von Menschen mit Behinderungen ihre Aktivitäten kräftig ausgeweitet. Drei Impuls-Förderprogramme - Hilfen zur beruflichen Eingliederung, Förderung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher und Basishilfen für Osteuropa - ergänzen die bisherigen Kampagnen. Alle Fäden der weitverzweigten Organisation laufen zusammen im neuen Verwaltungsgebäude an der Bonner Holbeinstraße, das jetzt offiziell eingeweiht wurde.

Halbteure Fäden knüpften LVR und die Aktion Mensch bereits mit der Zusammenarbeit bei der Veranstaltung „Tag der Begegnung“ 2000 im Archäologischen Park Xanten. Jetzt sollen weitere Kooperationsprojekte folgen. **M.H.**

### LVR reichte Klage ein

Köln. - Der LVR hat beim Verfassungsgerichtshof Münster Verfassungsbeschwerde gegen die Verstaatlichung des Straßenbauverwaltung eingereicht. Er sieht in der im „Zweiten Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung“ vorgesehenen Verstaatlichung der Straßenbauverwaltung einen unzulässigen Eingriff in das durch Artikel 78 der Landesverfassung geschützte Recht der kommunalen Selbstverwaltung.

### Haus erinnert an Johannes Horion

Köln. - Der bisher namenlose Neubau des LVR an der Hermann-Pünder-Straße in Köln-Deutz erinnert künftig an den letzten Landeshauptmann des Rheinischen Provinzialverbandes, Dr. Johannes Horion (1876-1933). Horion gilt als der „Vater der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ und hatte einen Namen als Anwalt der Schwachen und Armen. **ja**

## Sitzungstermine

### SEPTEMBER 2000

1.9.	9.30	Rechnungsprüfungsausschuss
7.9.	9.30	Umweltausschuss (Jugendhof Rheinland, Königswinter)
11.9.	9.30	Sozialausschuss
13.9.	8.30	Vergabeausschuss
13.9.	9.30	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
18.9.	9.30	Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung
21.9.	10.15	Landschaftsausschuss
22.9.	9.30	Krankenhausausschuss 3 (Rheinische Kliniken Mönchengladbach)
26.9.	9.30	Krankenhausausschuss 2 (Rheinische Kliniken Langenfeld)
27.9.	9.30	Kulturausschuss
27.9.	10.00	Krankenhausausschuss 4 (Rheinische Kliniken Bedburg-Hau)
28.9.	9.30	Krankenhausausschuss 1 (Rheinische Kliniken Düren)
29.9.	9.30	Gesundheitsausschuss

## IMPRESSUM

Landschaftsverband Rheinland, Amt für Öffentlichkeitsarbeit 50663 Köln, Landeshaus, Kennedy-Ufer 2, Tel. 02 21/8 09 77 41 Fax. 02 21/8 09 28 89 e-mail: k.jacobi@mail.lvr.de

### Redaktion:

Claudia Bäcker, Maria Heer, Klaus Jacobi (verantw.), Uwe Steinkrüger, Ludger Ströter (Foto)

### Layout und Produktion:

Assenmacher Design GmbH, 50667 Köln, Komödienstraße 44

Druck: Weiss-Druck+Verlag, 52156 Monschau, Industriestraße, Nachdruck kostenlos.

Die Beiträge der Fraktionen liegen in der Verantwortung der jeweiligen Autoren.



Die eindrucksvollen Plakate der „Aktion Mensch“ haben auch Einzug beim LVR gehalten.